
(Zurück) zu einer Sprache der Sachlichkeit in der Migrationspolitik. Die Macht des Diskurses in Zeiten des Rechtspopulismus

Statement für die Podiumsdiskussion

Irme Stetter-Karp

Frageblock I: Identifizierung des Handlungsbedarfs: Wo liegt das Problem und welchen Beitrag kann ein Mehr an Sachlichkeit im migrationspolitischen Diskurs zur Lösung des Problems beitragen?

Welchen Beitrag können und sollten kirchliche Akteure zur Versachlichung der Debatte in der Migrationspolitik leisten und welchen Beitrag leisten sie?

Fragt man nach dem Beitrag der Kirchen an der Entwicklung der vergangenen Jahre, dann ist ja doch auffällig, dass im Zusammenhang mit Flüchtlingspolitik in jüngster Zeit vermehrt Konflikte zwischen Kirche und Politik auftreten und zwar auch explizit zwischen den Repräsentanten der Katholischen Kirche und Vertretern gerade christlich-demokratischer Parteien auf der anderen Seite. Interessant, dass das gerade auch für Regionen in Deutschland zutrifft, in denen es eine hohe Übereinstimmung zwischen konservativen Parteien und der katholischen Kirche gibt wie in Bayern. Dabei gibt es eine interessante Außenperspektive: so hat z.B. der Philosoph Konrad Ott bei seiner Analyse der Argumentationstypen in der gegenwärtigen Debatte um Migration und Flucht die von den Kirchen vertretene Position in einer Unterscheidung zwischen Typen ethischer Argumentationen à la Max Weber der Gesinnungsethik (gegenüber der Verantwortungsethik) zugeordnet. Schwarz-weiß gesagt, dominiert bei der Gesinnungsethik der Slogan „Refugees Welcome“ und wendet sich gegen die Festung Europa. Die Gefahr der zu starken Emotionalisierung, die Gefahr zu stark ideologisch geprägten Denkmuster sehe ich innerkirchlich, vor allem unmittelbar bei den Initiativen vor Ort und auch bei pastoralen Mitarbeitern. Für den Höhepunkt der Flüchtlingskrise lässt sich selbstkritisch im Rückblick erkennen, dass es kirchlicherseits nicht ausreichend war primär appellativ am politischen Diskurs teilzunehmen. Der Wiener Theologe Schwienhorst-Schönberger sagt, dass die Kirchen wider Willen – für das entstandene diskursive Vakuum mitverantwortlich sind, denn es reiche für eine Zeit, in der politisch strittig ist, worin das Gute besteht, nicht aus, dazu aufzurufen, das Gute zu tun. Fachpolitisch haben wir als Deutscher Caritasverband und ich kann auch sagen in meiner Verantwortung für die Hauptabteilung Caritas bei den Flüchtlingshilfen in der Diözese uns immer bemüht mit Sachargumenten, Fakten, differenzierten Forderungen etwa zur Notwendigkeit von Traumazentren, mit Belegen zu überzeugen. In der Gesamtheit der medialen Berichterstattung über die Kirchen kann ich jedoch den kritischen Außenblick nachvollziehen. Mein Fazit: prophetisches Handeln ist unverzichtbar, die Anwaltschaft für Geflüchtete ist gerade von einer christlichen Kirche zu erwarten. Der politische Diskurs verlangt jedoch die Übersetzung, braucht die Dialogbereitschaft, die immer gefährdet ist, wenn Ideologien und unbedingte Setzungen ins Spiel kommen. Das gilt generell und da sollte der Blick sowohl in das rechte und das linke Lager gehen.

Wo unsere Überzeugungskraft liegt ist die die Tat selbst: Als Caritas – und das gilt nicht weniger für die Diakonie - haben wir bundesweit mit Tatkraft gezeigt, dass wir selbst Hand anlegen, dass wir nicht nur fordern. Um nur ein ganz konkretes Beispiel zu nennen: Allein in meiner Hauptabteilung in

1 von 27 Diözesen hier im Südwesten investieren wir ca. 20 Millionen für Flüchtlingshilfen innerhalb der Diözese für Projekte (und noch einmal der gleiche Betrag wird in der HA Weltkirche für Geflüchtete in Krisengebieten international ausgegeben). Für Deutschland gesagt: Bundeskanzlerin Merkel hat den Kirchen, hier insbesondere deren Caritas und Diakonie unmittelbar gesagt, dass sie ohne die Solidarität der Kirchen es 2016 nicht geschafft hätte und ihren Respekt und Dank artikuliert.

Frageblock II: Welche (zusätzlichen) konkreten Schritte könnten ergriffen werden, um zur Versachlichung des migrationspolitischen Diskurses beizutragen?

Wie können kirchliche Akteure stärker Einfluss auf den zunehmend populistisch geprägten migrationspolitischen Diskurs nehmen? Sind z.B. häufigere öffentliche Stellungnahmen erforderlich oder bedarf es mehr Dialog in den Kirchengemeinden?

In diesem Zusammenhang: Auf welcher Ebene sollte die Arbeit kirchlicher Akteure in diesem Zusammenhang primär ansetzen (politisch, gesellschaftlich, Kirchengemeinden?)

Ich bin überzeugt, dass es nicht das eine Rezept den einen Weg gibt, sondern, dass das immer ein Suchprozess sein wird und an jedem Ort, auf jeder Ebene auch anders buchstabiert werden muss. Gemeinsam mit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg haben wir beispielsweise bei unserem jährlichen Treffen beider Leitungsgremien intensiv überlegt, wie wir mit Mandatsträgern der AfD umgehen wollen. Sollen wir Sie einladen zu politischen Gesprächen wie andere Parteien oder gerade nicht, um Ihnen keine Bühne zu geben? Dieselbe Frage kenne ich auch aus dem Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken bei der letztjährigen Katholikentagsplanung. Innerkirchlich sind solche Fragen durchaus umstritten. Die Einen sind für Gesprächsverweigerung, die anderen argumentieren mit der Beschädigung demokratischer Grundregeln, wenn wir gewählten Parteien das Gespräch verweigern. Ich bin der Meinung, dass der Dialog nicht auf eine bestimmte, einzelne Ebene zugewiesen werden kann. Die Formen werden unterschiedlich sein, doch Christen als mündige Bürger sind in der lokalen Flüchtlingspolitik in der Kommune genauso notwendig, wie eine Diözese oder eine Landeskirche zu öffentlichen Positionierungen, Leitlinien, ggf. Schwerpunktsetzungen oder Aktionen gefragt ist. Gerade letzte Woche haben die Diözese und die ev. Landeskirche bei der CMT unter dem Motto: „Für Menschenrechte – gegen Populismus“ mit Unterstützung von über 60 zivilgesellschaftlichen Institutionen und Verbänden ein Demokratie-Mobil als Bus für das ganze Jahr on tour geschickt. Überörtliche Pressemeldungen, Lobbying in Einzelfragen gegenüber Politikerinnen und Politikern, solches ist überörtlich zu leisten. Die größte Schwierigkeit für alle Bildungsträger, da machen die kirchlichen keinen Unterschied ist jedoch die: wie erreichen wir diejenigen, die sich schon festgebissen haben, die schon innerlich jenseits demokratischer Spielregeln stehen, die Wutbürger. Hier zweifle ich persönlich, ob öffentliche Rede etwas erreichen kann. Wenn wir Formate entwickeln könnten, in denen Menschen mit sehr verschiedener Überzeugung aufeinandertreffen, wären wir einen wichtigen Schritt weiter. Ich war selbst über Jahre leitend in der Erwachsenenbildung tätig und ich weiß, wie schwer das ist. Hier müssten wir mehr experimentieren und das Recht des Andersdenkenden im Gespräch konsequent durchhalten – in alle Richtungen.

Eine potenzielle **dritte Fragerunde** könnte sich anschließend mit evtl. Anschlussfragen auseinandersetzen (potenzielle Themen u.a.: Wie können weitere Akteure für mehr Sachlichkeit in der migrationspolitischen Debatte gewonnen werden? Mit wem wäre eine Zusammenarbeit sinnvoll? Welche Ressourcen müssten zusätzlich mobilisiert werden?)

- Zusammenarbeit mit wem – mit Bündnispartnern, deren Ziele in dieselbe Richtung gehen (nur gemeinsam sind wir stark): Beispiel 70 Veranstaltungen und Aktionen 70 Jahre Menschenrechte im Dezember in Stuttgart, wo wir uns gemeinsam mit Pax Christi und dem Stadtdekanat eingebracht haben.

- Ressourcen: Schulen: es ist neu zu identifizieren in Gemeinschaftskunde und Politikfächern, dass Demokratie kein automatischer Selbstläufer ist
- Viele Engagierte Flüchtlingshelfer waren auch ältere Menschen, die in den 68 er Jahren für eine offene deutsche Gesellschaft gestritten haben. Deren Ressourcen und Kraft ist nicht zu unterschätzen
- Unter der sehr großen Zahl der Migranten gibt es sowohl Potenzial aus der eigenen Betroffenheit – aber auch massive Gegenkräfte (Julia Kristeva): das erreichte in der eigenen Integration gesellschaftspolitisch nicht mit den Neuankömmlingen teilen wollen

Dr. Irme Stetter-Karp

24.01.2019

Dieser Text ist ausschließlich zum privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen, schriftlichen Genehmigung der Urheberin/des Urhebers bzw. der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Alle Rechte bleiben bei der Autorin/dem Autor. Eine Stellungnahme der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart ist durch die Veröffentlichung dieser Präsentation nicht ausgesprochen. Für die Richtigkeit des Textinhaltes oder Fehler redaktioneller oder technischer Art kann keine Haftung übernommen werden. Weiterhin kann keinerlei Gewähr für den Inhalt, insbesondere für Vollständigkeit und Richtigkeit von Informationen übernommen werden, die über weiterführende Links von dieser Seite aus zugänglich sind. Die Verantwortlichkeit für derartige fremde Internet-Auftritte liegt ausschließlich beim jeweiligen Anbieter, der sie bereitstellt. Wir haben keinerlei Einfluss auf deren Gestaltung. Soweit diese aus Rechtsgründen bedenklich erscheinen, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
Im Schellenkönig 61
70184 Stuttgart
Telefon: +49 711 1640-600
E-Mail: info@akademie-rs.de